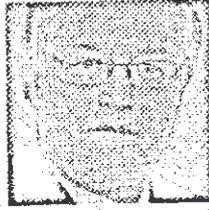


KOMMENTAR



Michael Erfurth
zur Straßenreinigung

@ merfurth@vrm.de

Auf den Prüfstand

Die Situation für Robert Hüser ist sicherlich eine Besondere: Schließlich muss er die Gebühren für ein relativ großes Grundstück begleichen – und er ärgert sich zurecht, dass die als „Hinterlieger“ geltenden Nachbarn nicht zur Kasse gebeten werden. Der „Fall“ des Lerchenbergers offenbart aber auch, dass viele Bürger für die Straßenreinigung in Mainz vergleichsweise hohe Gebühren zahlen müssen – das trifft Grundstückseigentümer wie Mieter. Hier sollte die Politik darüber nachdenken, wie eine Gebührenabsenkung erreicht werden kann, ohne die Tarifentlohnung für die Beschäftigten anzutasten und die Reinigungsqualität zu senken.

Entscheidung muss Stadtrat treffen

So könnten die Kehrintervalle in kleinen Seitenstraßen in Wohngebieten, die erfahrungsgemäß kaum verschmutzt werden, in den meisten Monaten auf vierzehntägig zurückgefahren werden. Es leuchtet nicht ein, warum es für den Entsorgungsbetrieb machbar ist, stark verschmutzte Straßen mehrmals wöchentlich zu kehren, umgekehrt aber eine zweiwöchentliche Reinigung sauberer Wohnstraßen an organisatorischen Rahmenbedingungen scheitert. Diese Entscheidung muss der Stadtrat treffen, schließlich ist der Entsorgungsbetrieb an die städtische Reinigungssatzung gebunden.

Anlass zum Nachdenken

Dass nur 15 000 Grundstückseigentümer und ihre Mieter in Mainz für die Straßenreinigung herappen müssen, während in mehreren Vororten und Wohnvierteln keine Gebühren anfallen, ist ein weiterer Punkt, der Anlass zum Nachdenken geben sollte. Würde die komplette Stadt vom Entsorgungsbetrieb betreut, müsste zwar mehr Personal eingestellt werden. Durch die bessere Ausnutzung von Werkstätten und Fahrzeugen wäre aber Sparpotenzial vorhanden, das zu niedrigeren und gerechter verteilten Gebühren führen könnte. Ob sich die Politik aber traut, dieses heiße Eisen anzupacken, ist fraglich. Denn der Protest aus den Stadtteilen, in denen die Anwohner bislang nicht zahlen müssen, ist absehbar. Das zeigt das Beispiel Großberghang, wo viele Bewohner des Neubaugebiets lieber selber zum Besen greifen würden, als Gebühren zu zahlen. Dass es in Mainz keine einheitliche Regelung gibt, ist auf jeden Fall diskussionswürdig.